

nachbarschaftliche Verständigung. Hierzu zählen vor allem seine Besuche und Gottesdienste in Elk, Siedlce und Drohiczyn, im äußersten Norden und Osten Polens. Dort berücksichtigte er sowohl die jeweiligen Minderheiten vor Ort, als auch große Pilgergruppen, die aus den östlichen Nachbarstaaten angereist waren. In Elk hatte die Messe starke litauische Akzente.

In Siedlce nahmen einige Tausend Katholiken des byzantinischen Ritus aus der Ukraine – unter ihnen hohe Würdenträger –, aus Weißrußland und aus verschiedenen Regionen Polens teil. Das Evangelium wurde hier in zwei Sprachen vorgetragen. In seiner Predigt machte sich der Papst für die Einheit der Christenheit stark. Drohiczyn, nicht weit von der weißrussischen Grenze, ist der Sitz der kleinsten orthodoxen Diözese Polens. Jeder dritte Bewohner ist dort nicht katholisch. Mitglieder des Ökumenischen Rates und sogar hohe Vertreter des Islam nahmen am Gottesdienst teil.

Die Worte des Papstes während der Liturgie waren ein klares Bekenntnis der katholischen Kirche zur Ökumene: „An Christus glauben heißt die Einheit

wünschen. Die Einheit wünschen heißt die Kirche wollen.“ Bischof *Alfons Nossol* von Oppeln, Vorsitzender der Ökumenekommission des Episkopats, äußerte sich sehr positiv zum Auftreten des Papstes: „In Drohiczyn konnten wir uns zum wiederholten Male davon überzeugen, daß uns bedeutend mehr eint als trennt (...). Eigentlich ist das Hauptproblem in der ökumenischen Arbeit in Polen der Mangel an Begeisterung und an Mut, Barrieren zu überwinden, aber vielleicht kann die Atmosphäre, wie sie sich in Drohiczyn entwickelt hat, bei der Durchbrechung dieser Schwächen helfen.“

Neben den Botschaften in seinen Predigten und Ansprachen waren für viele Polen die Persönlichkeit und das Auftreten Johannes Pauls II. das beeindruckendste Element der Reise. Wie er mit seiner Schwäche umgeht, sein Leiden, auch seine Tränen nicht verbirgt – für *Adam Bujak*, bekannter Fotograf des Heiligen Vaters, gab der Papst durch seine eigene, beeindruckende Haltung Unterricht im Leiden. Vor allem begeisterte der Besuch des Papstes in seinem Geburtsort Wadowice, wo er – ganz Karol Wojtyła – von seiner Jugend, bestimmten geliebten Kremtörtchen, einem damaligen engen

jüdischen Freund und seinen Rollen am Schultheater erzählte.

Die jüngste Reise des Papstes hat mit Sicherheit viele Polen tief berührt. Durch seinen Auftritt im Parlament hat Johannes Paul II. deutlich gemacht, welche Bedeutung er gerade der Politik bei der Umsetzung christlicher Werte zumißt. Sein eindeutiges Bekenntnis zur europäischen Integration Polens, die immer wiederkehrende Aufforderung, die Dokumente des Zweiten Vatikanischen Konzils umzusetzen, die Forderung, die Laien in der Kirche, aber auch die Menschen in ihrem Recht auf ein würdiges Leben stärker zu berücksichtigen, und schließlich die ökumenische Grundhaltung während seiner Reise haben seine Haltung und seine Wünsche Polen gegenüber klar gezeigt.

In seinem Land hat der Papst die Rolle eines progressiven Vorreiters und Wegweisers und gilt für sehr viele als moralische Instanz. Wie Polen und insbesondere seine Kirche erneuert werden könnten, dafür hat Johannes Paul II. bei seiner Reise Beispiele gegeben. Nun ist es Aufgabe jedes einzelnen, aber auch der Politik, der Wirtschaft und der Kirche, daran anzuknüpfen. U. K.

Beginnt eine neue Ära?

Indonesien sucht seinen Weg aus dem System Suharto

Die Wahlen vom 7. Juni waren für Indonesien ein wichtiger Schritt zu einer politischen Neuordnung nach der jahrzehntelangen Herrschaft Präsident Suhartos. Wie labil die Lage ist, zeigten Gewalttaten, von denen vor allem die christliche Minderheit betroffen war. Dazu kommt die ungelöste Frage der Zukunft von Ost-Timor.

Allein die Tatsache, daß der Wahlkampf weitgehend ungestört über die Bühne gehen konnte und es am Wahltag, dem 7. Juni 1999, praktisch zu keinen ernststen Zwischenfällen gekommen ist, kann angesichts vieler pessimistischer Einschätzungen von politischen Experten im Vorfeld der Wahlen nur als Erfolg gewertet werden. Auch wenn die Auszählung der

Stimmen sehr lange Zeit in Anspruch genommen hat, so zeigt die hohe Wahlbeteiligung von 91 Prozent der Stimmberechtigten doch ein waches Interesse des indonesischen Volkes am weiteren Schicksal seines Landes, das sich an einer politischen Wende befindet.

Die Börse in Jakarta reagierte positiv auf das politische Si-

gnal, das von den Wahlen ausging. In den Monaten vor der Wahl und während des Wahlkampfes herrschte im ganzen Land große Spannung, da es immer wieder zu Zwischenfällen und Gewaltakten kam, die sich gegen Minderheiten richteten oder das offensichtliche Ziel verfolgten, Volks- und Religionsgruppen gegeneinander aufzuhetzen. Es wurde gemunkelt, daß bestimmten Kreisen im Militär an einer Zunahme von Gewalt und Unruhen gelegen sei und daß sie einige der Zwischenfälle selber organisierten, um einen geordneten Ablauf der Wahlen zu verhindern.

Die Tatsache, daß es Wochen dauerte, bis die Stimmzettel ausgezählt waren, hat Anlaß für den Verdacht auf Wahlfälschungen gegeben. Das Ergebnis sollte ursprünglich am 21. Juni bekanntgegeben werden. Dann wurden als Datum der 8. Juli und nach Verstreichen auch dieses Datums der 21. Juli als Termin für die Verkündigung des amtlichen Endergebnisses genannt. Immerhin ging es um das Auszählen von fast 400 Millionen Stimmzetteln, da jeder Wahlberechtigte drei Stimmzettel auszufüllen hatte, einen für das nationale Parlament, einen für die Provinz- und einen weiteren für die Distriktversammlungen.

Wahrscheinlich kommt es zu einer Koalitionsregierung

Von Kennern der Szene wurde geltend gemacht, daß gerade das Bemühen, Wahlfälschungen zu vermeiden, dafür verantwortlich sei, daß die Auszählung so schleppend vor sich ging. Denn bei früheren Wahlen hatten die Militärs ihre Nachrichten- und Kommunikationskanäle zur Verfügung gestellt. Dies sorgte einerseits für eine raschere Auszählung, andererseits benutzten die Militärs diese Situation dazu, die Wahlen zu manipulieren, um die von der Regierung Suharto vorgegebenen Resultate zu erreichen.

Die 116 Millionen Stimmzettel wurden bei der Juniwahl zuerst in den 320 000 Wahllokalen von Hand gezählt und danach auf der Ebene der Distrikte, der Regierungsbezirke und danach der 27 Provinzen wiederum gezählt. Für die Zusammenführung der verschiedenen Zwischenresultate standen der Wahlkommission gemietete und oft veraltete Computer zur Verfügung. Hinzu kam, daß bei jedem der einzelnen Auszählungsschritte viele Unterschriften von den jeweils Verantwortlichen geleistet werden mußten, wobei in einigen Fällen von den Auszählern offensichtlich Geldforderungen gestellt wurden. Trotz dieser Beeinträchtigungen haben die zahlreichen internationalen Beobachter bestätigt, daß die Wahlen weitgehend fair und gerecht verlaufen seien.

Am Sieg der *Demokratischen Partei des Kampfes* (PDI-P) von *Megawati Sukarnoputri* ist nicht zu zweifeln. Nach dem vorläufigen Endergebnis lag sie mit 34,7 Prozent klar in Führung. Zum gleichen Zeitpunkt hatte sich die langjährige Staatspartei *Golkar* mit 22,4 Prozent der Stimmen an die zweite Stelle gesetzt, noch vor der *Partei der Nationalen Er-*

weckung (PKB) von *Abdurrahman Wahid*, die 17 Prozent der Stimmen erhielt.

Wahrscheinlich wird es zu einer Koalition der PDI-P mit der Muslimepartei PKB kommen. Enttäuschend ist das Abschneiden der *Nationalen Mandatspartei* PAN unter *Amien Rais*, die nur auf 6,8 Prozent der Stimmen kam. Vor der Wahl gab es eine Absprache zwischen *Megawati Sukarnoputri*, *Amien Rais* und *Abdurrahman Wahid* zur Bildung eines politischen Bündnisses mit dem Ziel, den Reformprozeß (*reformasi*) gemeinsam fortzusetzen. Diese Absichtserklärung wurde als Front gegen *Golkar* verstanden.

Nach der Wahl hat *Abdurrahman Wahid* wohl mit Rücksicht auf seine eigene Klientel erklärt, daß in Indonesien eine Frau nicht Präsident werden könne, weil dies mit den Lehren des Islam nicht vereinbar sei. *Wahid* selber kommt als Präsidentschaftskandidat nur bedingt in Frage. Zwar ist er wegen seines Eintretens für Gerechtigkeit und Achtung der Menschenrechte sehr beliebt, hat aber das Handicap, daß sein Gesundheitszustand sehr labil ist. Neben chronischer Diabetes hat er einen Schlaganfall erlitten und ist fast erblindet.

Da *Amien Rais* in den Wahlen mit seiner Pan-Partei nicht sehr erfolgreich war, wird er als Koalitionspartner wohl kaum in Frage kommen. Als Führer der eher konservativen *Muhammadiyah*, der zweitstärksten Muslimorganisation Indonesiens, die in der Vergangenheit eher als Vertreter islamischer Interessen in der Politik galt, ist er manchen als zum Reformen gewandelter Politiker suspekt. Immerhin hat er sich während der Studentenunruhen Anfang des Jahres 1999 auf die Seite der demonstrierenden Studenten gestellt und gegen *Suharto* Position bezogen. Ob dies aus Opportunismus oder gewandelter Überzeugung geschah, bleibt aber umstritten. Als möglicher Auswegkandidat wird der Sultan von *Yogyakarta*, *Hamku Buwono*, genannt, der jedenfalls auf Java hohes Ansehen genießt und im Wahlkampf eine gute Figur gemacht hat.

Die eigentliche Wahl des neuen Präsidenten und seines Stellvertreters wird erst im November erfolgen, wenn die nationale Wahlversammlung, die sogenannte „Beratende Volksversammlung“, zusammentritt, die 700 Personen umfaßt. Dieses Gremium setzt sich zusammen aus den fünfhundert Abgeordneten des Parlaments, von denen 462 in den nationalen Wahlen am 7. Juni direkt gewählt wurden und 38 als Vertreter des Militärs ernannt werden. Hinzu kommen 135 Vertreter der Provinzparlamente und 65 ernannte Vertreter öffentlicher Gruppen oder Einzelpersonlichkeiten.

Das Abtreten *Suhartos* 1998 hat zwar unter seinem Nachfolger *Habibie* zu ersten Schritten in Richtung „*Reformasi*“ geführt, das Problem des Einflusses *Suhartos* und seiner Familie bisher nicht beseitigen können. *Habibie* selber ist viel zu sehr in die Machenschaften und Geschäftemacherei des alten Systems verweben, als daß er ernsthaft daran denken könnte, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um das Gestrüpp von Korruption und Selbstbereicherung, das *Suharto* und seine

Anhänger über Jahrzehnte im Land aufgebaut haben, zu säubern. Wie selbstherrlich ein Suharto noch immer vorgeht, zeigte sich Anfang Juli, als der ehemalige Staatschef vor einem Zivilgericht in Jakarta das amerikanische Magazin „Time“ auf die Rekordsumme von 27 Milliarden US Dollar verklagte, weil es behauptet hatte, er habe während seiner 32 Jahre an der Macht ein Vermögen von 40 Milliarden US Dollar angehäuft, das vornehmlich im Ausland angelegt worden sei.

Keine geplante und zentral gelenkte Christenverfolgung

In ihrem Fastenhirtenbrief 1999 haben die indonesischen Bischöfe auf die Bedeutung der Parlamentswahlen für das Schicksal Indonesiens an dieser kritischen Stelle seiner Geschichte hingewiesen. Die Katholiken wurden aufgefordert, sich mit Rücksicht auf das Wohl des Landes für eine Partei bzw. für Kandidaten zu entscheiden, die das Gemeinwohl im Sinn hätten und eine moralisch saubere Politik frei von Korruption erwarten ließen. Entscheidend solle für die Katholiken der interreligiöse Friede und die Zusammenarbeit sein, oder negativ ausgedrückt, die Abkehr von Parteien, die nur die partikulären Interessen einer Gruppe vertreten.

Die katholische Kirche in Indonesien hat es in der Vergangenheit, wie die anderen christlichen Kirchen auch, immer vermieden, sich offen über die Mißstände im Lande auszusprechen und die herrschenden Politiker zu kritisieren. Gesellschaftskritische Tätigkeiten und Äußerungen kamen eher von Einzelpersonen oder kleineren Gruppen. Die Arbeit des Jesuiten *Sandyawan Sumardi* auf dem sozialen Sektor zum Beispiel wurde von kirchlicher Seite oft eher als störend empfunden.

Es hat lange gedauert, bis die katholischen Bischöfe diese vorsichtige Haltung aufgaben und sich zu einem prophetischen Zeugnis herausgefordert fühlten. Erstmals geschah dies mit dem Fastenhirtenbrief für 1997, d. h. noch vor dem Sturz Suhartos, als die Bischöfe die Mißstände im Lande deutlich ansprachen, auf den Mangel an Gerechtigkeit hinwiesen und die weitverbreitete Korruption tadelten. Kurz vor dem Sturz Suhartos setzte die katholische Kirche noch ein Zeichen einer vorsichtigen Distanzierung vom herrschenden Regime, als sie einen Aufruf des Präsidenten an alle Religionsgemeinschaften und Kirchen ignorierte, angesichts der sozialen Not, die durch die asiatische Wirtschaftskrise und Abwertung der indonesischen Rupie entstanden sei, sich an einer von ihm initiierten Sammlung von Gold bzw. Geld zu beteiligen. Die katholische Kirche war die einzige Religionsgemeinschaft, die sich diesem Aufruf verschloß und dem Präsidenten mitteilte, daß sie in eigener Regie das Anliegen der Aktion befördern, sich an der von ihm verantworteten Initiative aber nicht beteiligen wolle.

Deutlicher haben sich katholische Intellektuelle ausgedrückt, die unter der Führung von *Frans Seda*, ehemaliger Minister unter Suharto und langjähriger Präsident der katholischen

Atma Jaya Universität von Jakarta, die 48 Parteien, die sich zur Wahl gestellt haben, einer kritischen Prüfung unterzogen. Dabei erteilten sie allen muslimischen Parteien, aber auch den drei christlichen eine klare Absage. Am Schluß blieben fünf Parteien übrig, die sie als für Katholiken wählbar erklärten. Dies waren die PDI-P (Megawati Sukarnoputri), die PAN (Amien Rais), die PKB (Abdurrahman Wahid), PKP (Edi Sudrajat, Ableger von Golkar) und die PDKB (Partei intellektueller Protestanten, Katholiken und Chinesen). Diese Wahlvorschläge wurden auf der Grundlage der katholischen Soziallehre erstellt. Inwieweit sie die Entscheidungen der katholischen Wähler beinflusst haben, wird sich schwer feststellen lassen. Wichtig war jedenfalls, daß seitens der katholischen Kirche die Entstehung von konfessionellen und religiösen Parteien nicht unterstützt wurde.

In den letzten Monaten waren in Indonesien immer wieder katholische und protestantische Kirchen und kirchliche Einrichtungen Ziel von Angriffen. Es bleibt die Frage, ob diese Attacken Teil einer geplanten Kirchen- und Christenverfolgung sind oder doch nur eine Kette indirekt zusammenhängender Einzelereignisse. Trägt man die verschiedenen Elemente dieser Entwicklungen zusammen, dann zeigt sich, daß es wohl nicht angebracht ist, von einer zentral geplanten und gelenkten Christenverfolgung zu sprechen.

Es gibt aber ein sich wiederholendes Muster in diesen Ereignissen. Die Reihe der Kirchenverbrennungen begann in Ostjava, wo die Christen eine kleine Minderheit darstellen. Dies geschah Ende 1996, als sich die Regierung Suharto in Schwierigkeiten befand. Es wird angenommen, daß bestimmte Gruppen, vor allem aus dem Militär, daran interessiert waren, daß es zu Auseinandersetzungen unter den Religionen kam, weil dies ihnen die Möglichkeit gab, sich als Ordnungsmacht zu zeigen. Bei den Ausschreitungen gegen die chinesische Minderheit Anfang 1998 richtete sich die Gewalt auf der einen Seite gegen die reiche chinesische Kaufmannschaft in Indonesien. Da diese chinesische Minderheit in der Mehrzahl christlichen Kirchen angehört, bedeutet das Vorgehen gegen die Chinesen zugleich auch immer einen Angriff gegen die christliche Minderheit.

Die „Pancasila“ haben ihre Kraft verloren

Ein ganz anderes Bild boten die Auseinandersetzungen auf Ambon im März/April 1999. Hier waren die Opfer in der Mehrzahl Muslime, während die Täter vornehmlich aus den Reihen der molukkischen protestantischen Kirchen kamen. Traditionell ist der Anteil der Christen, in der Mehrzahl Protestanten, auf den Molukken relativ hoch. Die *Transmigrasi*-Politik der indonesischen Regierung hatte zur Einwanderung anderer Volksgruppen, fast ausschließlich muslimischer Religionsangehörigkeit, auf den Molukken geführt. Die dadurch geschaffenen Spannungen haben sich in einer gewaltsamen Verfolgung entladen.

Das Erschreckende an diesem Vorgang war, daß die Angreifer die Zugehörigkeit ihrer jeweiligen Opfer zur christlichen oder muslimischen Religion als einziges Kriterium für ihre Gewalttaten ansahen. Äußerlich durch Kopfbänder in verschiedenen Farben als Muslime oder Christen kenntlich gemacht, zogen christliche und muslimische bewaffnete Gruppen durch die Dörfer und griffen wahllos die Angehörigen der jeweils anderen Religion an. Im Anschluß an diese Ausschreitungen kam es dann in anderen Teilen Indonesiens sporadisch zu Angriffen gegen Christen.

Neben der direkten Gewalt gegen Christen und christliche Kirchen gibt es eine subtilere Form der Gewalt seitens der muslimischen Mehrheit, die darin besteht, den Christen unmißverständlich deutlich zu machen, daß sie besser ihre Gotteshäuser „freiwillig“ schließen, wenn sie verhindern wollen, daß diese sonst ein Raub der Flammen werden. In Bandung, der Hauptstadt von Westjava, war dies im März 1999 der Fall. Dort gelang es den Muslimen, die Christen so einzuschüchtern, daß sie acht Kirchen de facto aufgaben und den Gottesdienst darin zunächst einmal „freiwillig“ einstellten. Auf diese neue Form einer Kirchen- und Christenverfolgung hat der Sekretär für ökumenische und interreligiöse Beziehungen der Indonesischen Bischofskonferenz, *Ignatius Ismartono SJ*, aufmerksam gemacht.

In Reaktion auf die Angriffe gegen Christen und christliche Einrichtungen hat sich eine Laieninitiative gebildet, die 1996 das *Forum Komunikasi Kristiani* gründete. Es handelte sich zunächst um eine lokale Initiative, die nach der Zerstörung von Kirchen in Surabaya entstand, inzwischen aber in 24 Provinzen verbreitet ist. Es handelt sich um eine informelle Gruppierung, in der Christen aller Denominationen zusammenarbeiten, um gegen Gewalt zu protestieren und vor der Öffentlichkeit das Ausmaß der Gewaltakte zu dokumentieren sowie die Kirchen dazu zu bringen, positiv an einer Veränderung der interreligiösen Beziehungen zu arbeiten.

In einer Dokumentation (*The Church and Human Rights in Indonesia*, Surabaya 1997) hat das Forum eine Chronik der Kirchenzerstörungen erstellt, die Hintergründe beschrieben und Überlegungen zur Überwindung von Gewalt und zur Schaffung eines besseren interreligiösen Zusammenlebens in Indonesien angestellt. Neben der Dokumentation der Gewalt gegen Christen, Kirchengebäude, Schulen und Waisenhäuser wird kritisch auf die uneinheitliche Haltung der Kirchen eingegangen. Es fehle an Konzepten und klaren Konzeptionen für das Verhältnis der Kirchen zu Staat und Politik. In der Vergangenheit hätten die meisten Kirchen die Regierungspolitik mitgetragen und es am prophetischen Zeugnis gegen Korruption und Menschenrechtsverletzungen fehlen lassen.

Indonesien hat eigentlich eine positive Geschichte des Zusammenlebens von Menschen verschiedener Religionen. Die Zunahme von Zwischenfällen, bei denen es zu Gewalt gegen Personen und Sachen auf der Grundlage der religiösen Zu-

gehörigkeit kommt, ist jüngerer Datums. Vor dem Hintergrund der wachsenden wirtschaftlichen und politischen Probleme und der zunehmenden Korruption in allen staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen ist das Vertrauen in den Staat und die politischen Einrichtungen gesunken, das Zusammenleben von Menschen verschiedener Religionen, Kulturen und Sprachen in Harmonie zu gewährleisten. Die Ideologie der *Pancasila*, die mit ihren fünf Prinzipien gerade diese Gemeinsamkeit über die Grenzen der verschiedenen Religionen und Weltanschauungen hinweg garantieren soll, hat wohl endgültig ihre Überzeugungskraft verloren. Die *Pancasila* waren immer ein Instrument der Regierung, den gesellschaftlichen und interreligiösen Konsens zu gewährleisten, und wurden von den meisten Religionsgemeinschaften nur widerwillig und oft gegen die eigene Überzeugung mitgetragen. Mit dem Verfall der Autorität der staatlichen Stellen haben auch die *Pancasila* ihre integrierende Kraft verloren. Es gibt aber Bestrebungen, die verschiedenen Religionsgemeinschaften in Indonesien miteinander ins Gespräch zu bringen. 1995 wurde die „Gesellschaft für den interreligiösen Dialog“ gegründet, in der katholische und protestantische Christen, Muslime, Buddhisten, Hindus, Konfuzianer und Anhänger der Brahma Kumaris zusammenarbeiten.

Vor dem Referendum über die Zukunft von Ost-Timor

Am 5. Mai 1999 haben die Außenminister von Indonesien und Portugal im Hauptquartier der Vereinten Nationen eine Übereinkunft unterzeichnet, in der festgehalten wird, daß die Bevölkerung von Ost-Timor sich in einem freien Referendum entscheiden könne, ob sie einen besonderen Autonomiestatus innerhalb der indonesischen Staatengemeinschaft oder aber die Unabhängigkeit von Indonesien wolle. Das ursprünglich für den 8. August 1999 angesetzte Referendum über die Zukunft Ost-Timors ist von den Vereinten Nationen auf Ende August verschoben worden, weil die Sicherheitsverhältnisse auf der Insel eine freie Wahl gegenwärtig nicht zuließen.

Diese Entscheidung macht deutlich, wie sehr sich die Verhältnisse in den letzten Monaten verschlechtert haben. Im Vorfeld der Abstimmung war es zu einer ganzen Reihe von Ausschreitungen an Vertretern der Unabhängigkeit Ost-Timors gekommen, die von paramilitärischen Verbänden angegriffen, getötet und mißhandelt wurden, so daß viele die Insel verließen bzw. sich vor den gewalttätigen Gruppen versteckten. Es ist nachgewiesen, daß diese paramilitärischen Einheiten vom indonesischen Militär mit Waffen versehen wurden. Bei den Gewaltakten standen die indonesischen Ordnungskräfte abseits und ließen die Gewalttäter ungestört agieren.

Am 17. April stürmten Milizen in Dili das Haus von *Manuel Carrascalao*, einem Befürworter der Unabhängigkeit Ost-Ti-

mors. Dabei wurden sein Sohn Manuelito zusammen mit 30 anderen Personen ermordet. Carrascaloa, der selbst nicht anwesend war, sah sich genötigt, um seiner persönlichen Sicherheit willen Ost-Timor zu verlassen. Schon vorher wurden am 6. April 1999 in einer Kirche in Liquica 25 Christen ermordet, so die Angaben kirchlicher Kreise, während die Polizei nur von fünf Toten sprach. Vertreter der nationalen Menschenrechtskommission, die zur Aufklärung dieser Bluttat nach Ost-Timor reisten, mußten unverrichteter Dinge wieder abreisen, weil auf Anordnung der Armee die Kirche sofort „gereinigt“ wurde, wobei alle Spuren vernichtet worden waren.

Die Kommission verzichtete auf die Anhörung von Zeugen, weil diese sich durch Aussagen und Identifizierung der Täter nur selber gefährden würden. Die von den Vereinten Nationen ausgesandten Beobachter des Abstimmungsvorgangs, die *United Nations Assessment Mission in East Timor* (UNAMET) und Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes wurden von paramilitärischen Gruppen angegriffen, wobei deren Fahrzeuge beschädigt und einzelne Personen verwundet wurden.

Versuche, die Gewalt einzudämmen und die zerstrittenen Gruppen für ein gewaltfreies Handeln zu gewinnen, sind mehrfach gescheitert. So haben *Jose Alexandre Xanana Gusmão* und *Leandro Isaac*, die Führer des für die Unabhängigkeit Eintretenden Nationalen Rats des Widerstands der Timoresen, mit den Führern der pro-indonesischen Gruppe *Domingus Soares* und *João da Silva Tavares* am 18. Juni in Jakarta ein Friedensabkommen geschlossen, in dem sie sich verpflichten, alle Waffen abzugeben. Dieses Abkommen, das unter der Vermittlung des Oberbefehlshabers des Heeres zustande kam, sollte in einem Zeitraum von zwei Wochen umgesetzt werden. Offensichtlich haben sich aber beide Seiten nicht an die Vereinbarung gehalten.

Der Widerstand gegen die Entscheidung der Regierung Habibie, das Schicksal von Ost-Timor durch ein Referendum zu entscheiden, ist auf starken Widerstand in der indonesischen Armee gestoßen. Es wird von offenem Widerstand seitens der örtlichen Militärs gegen die politische Führung in Jakarta gesprochen. Lange Jahre haben die indonesischen Offiziere und Mannschaften von den politischen Spannungen auf Ost-Timor profitiert und sich eine Basis für lukrative Geschäfte geschaffen. Sie sind offensichtlich nicht bereit, sich davon ohne Widerstand zu trennen. Direkt nach der Ankündigung des Referendums hat das Militär damit begonnen, Freiwillige zu bewaffnen, die als Milizionäre oder besser als Schlägertrupps auftraten und Befürworter für die Unabhängigkeit bzw. Autonomie Ost-Timors massiv physisch bedrohten.

Die Gewalttätigkeiten und gezielte Morde an Personen, die für den Austritt Ost-Timors aus dem indonesischen Staatsverband eintraten, hat zur Einschüchterung der Bevölkerung geführt. Viele Politiker, die sich für die Unabhängigkeit Ost-

Timors ausgesprochen haben, haben die Insel verlassen, oder sich versteckt. Mindestens 8000 Ost-Timoresen sind nach West-Timor in die Distriktstadt Atambua geflohen, wo sie in einem Lager leben. Die Vereinten Nationen fordern die indonesischen Behörden auf, die Rückkehr dieser Flüchtlinge zu organisieren, damit sie sich am geplanten Referendum beteiligen können. Die Bevölkerung Ost-Timors ist verunsichert und traut der Zusage der Vereinten Nationen nicht mehr, daß durch sie die Sicherheit und Freiheit des Referendums sichergestellt werde.

Am meisten beunruhigt, daß die Vereinten Nationen zugestimmt haben, daß ausschließlich indonesische Polizei als Sicherheitstruppe auf Ost-Timor eingesetzt wird. Die negativen Erfahrungen mit indonesischen Militärs und Beamten in den vergangenen fast 30 Jahren haben tiefe Wunden bei der Bevölkerung Ost-Timors hinterlassen und das Mißtrauen gegen alles, was vom indonesischen Staat kommt, verstärkt. Nach Berichten der Caritas gibt es in Ost-Timor 44 000 „interne Flüchtlinge“, d. h. Personen, die vor der Gewalt der paramilitärischen Gruppen geflohen sind, weil sie wegen ihres Eintretens für die Unabhängigkeit Timors sich verfolgt und bedroht fühlen.

Doch noch Hoffnung auf Verständigung?

Viele dieser Flüchtlinge leben in Zelten oder anderen Notunterkünften, leiden an Krankheiten und Unterernährung. Die paramilitärischen Gruppen können offensichtlich frei und ungestört agieren, die Bevölkerung einschüchtern und zwingen, Petitionen zur Befürwortung der Integration Ost-Timors mit Indonesien zu unterschreiben. Wer sich weigert, wird bedroht und steht in Gefahr, Hab und Gut und selbst das Leben zu verlieren.

Es ist nicht zu sehen, wie in diesem Klima von Einschüchterung und Gewalt eine freie Abstimmung über das Schicksal Ost-Timors möglich sein soll. Dies ist auch der Inhalt eines Schreibens der japanischen Bischöfe an den Generalsekretär der UNO, in dem sie ihn auffordern, Druck auf die indonesische Regierung auszuüben, das indonesische Militär und vor allem die paramilitärischen Gruppen zu disziplinieren, die Abhaltung des Referendums nicht durch Gewalt und Einschüchterung zu behindern bzw. zu verhindern. *Kofi Annan* solle dafür sorgen, daß eine internationale Polizeitruppe für die Sicherheit auf Ost-Timor sorgen könne. In einem Brief an die Bischöfe *Carlos X. Belo* von Dili und *Basilio do Nascimento* von Bacau versichern die japanischen Bischöfe der Kirche auf Ost-Timor ihre Solidarität. Unterstützung kam auch von der katholischen Kirche in Korea in einer öffentlichen Erklärung der bischöflichen Kommission für „Gerechtigkeit und Frieden“, die sich wie die japanischen Bischöfe gegen Gewalt und für ein faires Referendum in Ost-Timor einsetzte.

Neben der Androhung und Anwendung von Gewalt werden

die pro-indonesischen Gruppen auch von Beamten der indonesischen Regierung massiv unterstützt. Das Komitee für freie und faire Wahlen in Ost-Timor hat jedenfalls den Vorwurf erhoben, daß indonesische Regierungsbeamte Mittel des sozialen Sicherheitsfonds für die Unterstützung von pro-indonesischen Gruppen einsetzten, um so das Ergebnis des Referendums zu beeinflussen. Es wird eine Summe von über fünf Millionen US-Dollar genannt, die aus dem Sozialfonds genommen für die Pro-Indonesien-Gruppen eingesetzt werden sollen.

Nachdem sich Vertreter der pro-indonesischen Gruppierungen mit Vertretern der Unabhängigkeit bzw. Autonomie Ost-Timors in der Nähe von Dili erstmals im September 1998 getroffen hatten, um Möglichkeiten des Dialogs und der fairen Auseinandersetzung im Vorfeld des Referendums auszuloten, kam es vom 25.–28. Juni 1999 zu einem weiteren Treffen, das in Jakarta abgehalten wurde, um die Teilnahme von *Jose Alexandre Gusmao* sicherzustellen, der in Jakarta im „Hausarrest“ gehalten wird. Der Tagungsort Jakarta ermöglichte es auch, daß *Ramos Horta*, mit Bischof Belo Träger des Friedensnobelpreises 1996, dabei sein konnte. Erstmals wurde Horta, der seit der Besetzung Ost-Timors durch Indonesien in Australien im Exil lebt, ein auf die Tagungsstätte beschränktes Einreisevisum erteilt.

An diesem Treffen von 60 politischen Führern aus beiden Lagern nahmen auch die Bischöfe Belo und Nascimento teil,

um deutlich zu machen, wie sehr die katholische Kirche Ost-Timors an einer friedlichen Abstimmung ohne Gewalt interessiert ist. Gusmao unterstrich, daß das Zustandekommen dieser Begegnung schon ein Erfolg darstelle und deutlich mache, daß für den Erhalt des Friedens gemeinsame Gespräche und Abkommen unumgänglich seien. *Francisco Lopez da Cruz*, Führer der für den Verbleib bei Indonesien eintretenden Gruppe, äußerte sich ähnlich. Auch wenn diese Begegnung außer der Absichtserklärung, sich gemeinsam für die Vermeidung von Gewalt einzusetzen und das Ergebnis des Referendums anzuerkennen, keine konkreten politischen Ergebnisse hatte, so eröffnet sie vielleicht doch eine Möglichkeit, nach dem Referendum gemeinsame Gespräche über die Zukunft Ost-Timors weiterzuführen.

Angesichts der bisherigen Entwicklung und der zunehmenden Gewalt gegen die Befürworter der Unabhängigkeit bzw. einer Autonomie Ost-Timors mehren sich die Stimmen, die die Abhaltung eines regulären und freien Referendums auch mit einer Verschiebung um zwei Wochen bis Ende August als nicht länger realistisch ansehen. Die Vereinten Nationen haben eingewilligt, daß sie nur Beobachter nach Ost-Timor schicken und daß die Aufrechterhaltung der Ordnung der indonesischen Polizei, d. h. konkret Mitgliedern des indonesischen Militärs übertragen wird. Die Bevölkerung Ost-Timors hat nicht vergessen, wer sie in den letzten 25 Jahren drangsaliert und unterdrückt hat.

Georg Evers

„Jenseits von Staat und Markt“

Ein Gespräch mit dem Politologen Warnfried Dettling

Stolz schaut die Bundesrepublik an ihrem 50. Geburtstag auf eine beispiellose Erfolgsgeschichte zurück. Das deutsche Modell verband wirtschaftliche Dynamik und soziale Gerechtigkeit. In zentralen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft kommt es nun aber zu fundamentalen Veränderungen. Über die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft und den Aufbau einer bürgerschaftlichen Kultur in Deutschland sprachen wir mit dem Politologen und Publizisten Warnfried Dettling. Die Fragen stellte Alexander Foitzik.

HK: Herr Dr. Dettling, zum 50. Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik ist die Stimmung von einer eigentümlichen Spannung geprägt: Auf der einen Seite schauen die Deutschen mit Stolz und Zufriedenheit auf ihr Modell Deutschland, auf die Erfolgsgeschichte des „Rheinischen Kapitalismus“. Auf der anderen Seite spürt man Ängstlichkeit und Sorge, geht es um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands und besonders um die des deutschen Wohlfahrtsstaates. Wie berechtigt sind diese Ängste?

Dettling: Das Stimmungsbild Deutschlands ist in der Tat ambivalent bis widersprüchlich. Einerseits wissen wir genau, daß sich Grundsätzliches ändert und weitaus mehr ansteht als nur der Umzug der Regierung nach Berlin. Die alte Bonner Republik geht zu Ende und wir konnten mit ihr sehr zufrieden sein. Die letzten fünfzig Jahre waren eine Ausnahmezeit in der deutschen Geschichte. Was aber die neue Berliner Republik mit sich bringt, weiß keiner so richtig. Das gilt auch für die heute handelnden Politiker. Die Kohl-Schröder-Ge-